

Der Erfolg des Antisemitismus in der American Anthropological Association (AAA)

Die American Anthropological Association (AAA) ist mit 10.000 Mitgliedern der weltgrößte Verband der Ethnologie. Im November 2015 stimmten auf der Jahreshauptversammlung der AAA 1040 stimmberechtigte Mitglieder für einen weitreichenden Boykott israelischer akademischer Institutionen. Nur 36 Gegenstimmen verweigerten sich dem Antrag. Eine Urabstimmung lehnte die Resolution dann am 7. Juni 2016t 49% zu 51% knapp ab.

Der Boykott Israels ist nichts Neues. 1922 rief der arabisch-palästinensische Kongress dazu auf, jüdische Geschäfte zu boykottieren, 1945 wurde ein vollständiger Boykott jüdischer Präsenz im Mandatsgebiet Palästina von der arabischen Liga implementiert und 1967 wurden auf der Konferenz von Karthoum die drei "Neins" ausgesprochen: Kein Frieden, keine Anerkennungen, keine Verhandlungen mit Israel. Die Forderung „Boycott, Divestment and Sanctions“ (BDS) nimmt 2005 erneut Fahrt auf in den USA auf, ab 2007 agitiert ein breites Bündnis für einen Boykott Israels. Die Argumentation richtet sich an das linksliberale akademische Milieu: Israel sei ein Apartheidstaat, rassistisch und kolonialistisch. In der American Studies Association (ASA) und in der National Woman Studies Organisation (NWSA) konnten Anträge zum Boykott Israels Erdrutschsieg einfahren. Nicht viel anders ist die Situation in Großbritannien, wo die großen Gewerkschaften (darunter die weltweit größte Lehrgewerkschaft "University and College Union" UCU) und Studierendenverbände seit Jahren offen Israel boykottieren. Ähnlich sieht es in Südafrika und Irland aus. Das BDS-Bündnis wird jedoch auch wegen offen antisemitischer Äußerungen von führenden Aktivisten und der Zusammenarbeit mit djihadistischen Akteuren in den letzten Jahren von immer mehr Institutionen als antisemitisch erkannt und benannt.

Der Vorstand der AAA förderte dennoch Veranstaltungen des BDS-Bündnisses und nahm dessen Argumentation in mehreren öffentlichen Briefen vollumfänglich auf. Heute fordert die Hälfte

der US-amerikanischen Ethnologie offen den akademischen Boykott Israels. Einen Onlineaufruf haben über 1300 Ethnologen unterzeichnet.

Der Task-Force-Bericht

Zur Vorbereitung der Abstimmungen zählte maßgeblich ein 2014 von der AAA in Auftrag gegebener „Task-Force-Bericht“, Resultat einer zehntägigen (!) Impulsforschung mit 120 Interviews in Israel. Dieser Bericht erfüllt sämtliche Charakteristika des israelbezogenen Antisemitismus.

1. **Dämonisierung:** Israel wird als einziger Grund und Auslöser einer Serie von Missständen wie Kindersterblichkeit, Probleme des Bildungswesens, Armut, Reise- und Einfuhrbeschränkungen dargestellt. Der gegen Israelis, abtrünnige arabische Intellektuelle und Frauen gerichtete Terror von Fatah und Hamas, der Antisemitismus an den arabischen Universitäten, die Einschränkung der akademischen Freiheit durch Korruption und Autokratie in der palästinensischen Autonomiebehörde finden keine oder kaum Erwähnung. Israel wird vollständige Willkürlichkeit oder Bösartigkeit der Maßnahmen unterstellt. Israels Politik wird mit dem Apartheid-Regime in Südafrika und **an vier Stellen mit dem Nationalsozialismus gleichgesetzt.** (S. 3, 15, 17,18)

2. **Delegitimierung:** Aus dem Asylcharakter Israels, das Juden aus aller Welt aufzunehmen verspricht, und dadurch bereits Juden aus Äthiopien und Jemen aktiv rettete, wird im Bericht der Vorwurf einer "Ethnokratie". Die Wiederbesiedelung Israels stuft der Bericht durchweg als „Settler-Colonialism“ ein, der für die "indigene Bevölkerung" gravierender sei als der gewöhnliche Kolonialismus. Der "alte Yishuv", die jüdische Einwohnerschaft vor der zionistischen Besiedlung, wird ebenso ignoriert wie dessen Vertreibung aus der Altstadt von Jerusalem durch den Pogrom jordanischer Truppen von 1948 und aus Hebron durch den Pogrom von 1929. Die Gründung Israels erscheint als willkürlich, während

eine palästinensische Autochthonie vorausgesetzt wird. Tatsächlich vertrieb das osmanische Reich im 19. Jh. Juden durch Diskriminierung und hohe Schutzsteuern, während Muslime gezielt im heutigen Israel angesiedelt wurden. Viele Araber zogen im frühen 20. Jh. aus den Nachbarländern nach Palästina, um auf zionistischen Plantagen und Betrieben zu arbeiten. Ein Großteil des Landes war unbesiedeltes Sumpf- und Wüstenland, das erst von den Zionisten durch Be- und Entwässerung urbar gemacht wurde. Die Kategorien "indigen" und "Kolonialismus" sind wenig geeignet für eine konfliktethnologische Analyse.

3. **Doppelte Standards:** Während Restriktionen durch sicherheitspolitische Maßnahmen (Checkpoints, Razzien) als böswillige Entscheidungen erscheinen, wird der alltägliche Terrorismus gegen Israel im Bericht nicht als Ursache dafür anerkannt. Hier herrschen nicht nur doppelte Standards, sondern ein chiastisches Missverhältnis ist gegeben: Die Verkehrung von Tätern und Opfern. Auch erhält der Antisemitismus der islamisch geprägten Staaten keinerlei Erwähnung. 17 Staaten verweigern allen Juden und acht davon auch Touristen mit israelischem Stempel im Pass die Einreise. Ebenso unberücksichtigt bleiben die Restriktionen und Diskriminierungen, die palästinensische Araber in den arabischen Staaten (Syrien, Ägypten, Libanon, Kuwait, etc.) erfahren. Im größeren Vergleich stellt sich die Frage, warum Boykotte, sofern sie überhaupt als legitimes Mittel erachtet werden können, nicht zuerst gegen Diktaturen gerichtet werden. Die lokalen Landkonflikte im Westjordanland erscheinen marginal gegen den globalen *land-grab* im Trikont. Die Flüchtlingsregimes der EU und Australiens forderten ohne ökonomische oder sicherheitspolitische Not zehntausende Tote, während die israelische Grenzanlage primär dem Schutz vor Schüssen und Selbstmordattentaten dient. 805 Menschen wurden in über 171 Selbstmordattentaten getötet, täglich kommt es zu Messerattacken, Morden, Anschlägen auf Israelis.

1 Million Juden wurden im 20. Jh. aus den arabischen Staaten vertrieben, Land von der fünffachen Fläche Israels enteignet. Ein Viertel der Einwohner Bagdads waren Juden. Die Landesfläche Israels beläuft sich auf weniger als ein Hundertstel der Landesfläche Saudi-Arabiens oder Algeriens. Israel integrierte in kürzester Zeit Millionen Flüchtlinge aus Europa, Russland, Äthiopien und der arabischen Welt. Die arabischen Staaten verweigern den palästinensischen Arabern bis heute volle Rechte.

Berichterstattung und Forschung über den Konflikt sehen sich einer Flut an Medienfälschungen und verzerrten Darstellungen gegenüber, die auch den Task-Force-Bericht prägen. Zahllose Behauptungen sind explizit falsch. So wird unterstellt, "palästinensisches Territorium" sei durch die Staatsgründung um 90% geschrumpft. Das zugrunde gelegte Mandatsgebiet Palästina war aber nie "palästinensisches Territorium", auf der Hälfte des Gebietes wurde zudem Jordanien gegründet, ein Staat, der heute mehrheitlich von palästinensischen Arabern bewohnt wird.

Auch wird gefordert, die UN-Resolution 194 anzuerkennen. Diese veraltete Resolution sah noch die UN-Kontrolle über Jerusalem vor. Die Vertreter der arabischen Liga haben die Resolution abgelehnt, Israel stimmte ihr damals zu.

Was heißt das für das Fach?

Gerade die deutsche Ethnologie trägt die Verantwortung, antisemitische Geschichtsfälschungen zu kritisieren. Der Task-Force-Bericht, die Boykottresolution und das weitere Vorgehen der AAA-Führung muss eine wissenschaftliche Kritik erfahren, weil sie unwissenschaftlich und unmoralisch sind. Wenn dieses Vorgehen keine Kritik erfährt, ist ein Übergreifen ähnlicher Verzerrungen und damit falscher Parteinahmen auch in anderen Konflikten wahrscheinlich.

Wer das Existenz- und Selbstverteidigungsrecht Israels öffentlich verteidigt, wird aktuell keine internationale akademische Karriere in der Ethnologie planen können. Daher steht die deutsche Ethnologie auch in der Pflicht, für die israelische Ethnologie ein Forschungsfeld außerhalb Israels zu schaffen.

Die Ethnologie förderte Wissen um den Rassismus, sie hatte in den letzten Dekaden explizit Teil an der humanistischen Aufklärung. Gerade deshalb sollte sie Verkehrungen wie der Gleichsetzung von Israel mit dem Apartheidregime entschieden entgegentreten.